

# Wissenschaftler schreiben an Walter Ulbricht

## Erfahrungen einer Parteigruppe an der Humboldt-Universität

Ärzte und Mitarbeiter des Pathologischen Institutes der Humboldt-Universität zu Berlin überreichten dem Staatsrat ein an Genossen Walter Ulbricht gerichtetes Schreiben. Darin hatten sie ihre Aufgaben als Bürger unseres Staates im allgemeinen und als Wissenschaftler im besonderen niedergelegt. Das Schreiben enthält wertvolle Verpflichtungen, an deren Erfüllung sie heute arbeiten. Wie ist es dazu gekommen? Welche Rolle spielte dabei die Parteigruppe des Institutes?

Anfang September hatte die Parteiorganisation Kenntnis erhalten von einem Artikel im Bonner Presse-Bulletin, der mit Verleumdungen über die Ärzte der Charité nicht sparte und die Politik unserer Partei diskriminierte. Die Genossen der Parteigruppe benutzten diese Veröffentlichung, um die politische Diskussion im Institut — es war wenige Wochen nach dem 13. August 1961 — fortzusetzen. Genosse Professor C o u t e i l e als amtierender Institutsdirektor wurde beauftragt, in einer Ärzteversammlung gemeinsam mit anderen Genossen Ärzten einen Protest unserer Wissenschaftler zu diesen Verleumdungen vorzulegen und die politische Aussprache zu führen.

Zur Unterschrift aufgefordert, gab es von den Wissenschaftlern den Einwand, daß so etwas nicht nötig sei, denn unsere Regierung würde das für uns schon machen. Klar wurde von den Genossen nachgewiesen, daß das Bonner Pamphlet auch gegen sie gerichtet ist, um Verwirrung in ihren Ansichten und Gefühlen auszulösen. Es dient doch letzten Endes der psychologischen Kriegführung. Deshalb müsse sich ein jeder mit den politischen Problemen unserer Zeit auseinandersetzen — und sich entscheiden. Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg kann nicht nur Sache unserer Regierung sein, sondern Arbeiterklasse und Intelligenz müssen im engen Bündnis diesen Kampf im Interesse der Erhaltung des Friedens täglich gemeinsam führen. Die

offene Aussprache endete damit, daß außer drei Kollegen alle Wissenschaftler den Protest Unterzeichneten.

### Klärung in der Gewerkschaft

Die Parteigruppe wertete die Ärzteversammlung vom Standpunkt der politischen Erziehung der Menschen aus und kam zu dem Schluß, daß das „Argument“ des Vorsitzenden der Abteilungsgewerkschaftsleitung zu weiteren Diskussionen in der AGL führen müsse. Erwählter Kollege hatte eine Stellungnahme abgelehnt, weil er „nicht den Sinn eines solchen Protestes“ einsah. Nach einer persönlichen Aussprache erkannte er jedoch seinen Fehler und war mit den Genossen einer Meinung.

Die AGL-Sitzung verlief noch bewegter als unsere Ärzteaussprache. Hier wurde über die politische Verantwortung unserer Gewerkschaftsfunktionäre einmal grundsätzlich diskutiert. Die Gewerkschaftsleitung hatte bis dahin ihre Aufgabe fast ausschließlich in der Erledigung des Feriendienstes und anderer sozialer Maßnahmen gesehen. In der Diskussion wurde jedoch die große Rolle, die die Gewerkschaft bei der politisch-moralischen Erziehung unserer Menschen spielen muß, an Hand konkreter Beispiele des Institutes aufgezogen. So erkannten die Mitglieder unserer AGL durch die Unterstützung, die sie von unseren Genossen dabei bekamen, daß man mit einem solchen Verhalten, wie es der AGL-Vorsitzende an den Tag gelegt hatte, dieser Aufgabe niemals gerecht werden kann.

Die Genossen schlugen der AGL und der Institutsleitung vor, eine Belegschaftsversammlung zu organisieren, um mit allen Kollegen einmal über die politischen Grundfragen und die Intelligenzpolitik der Partei zu sprechen und ihre Initiative zu wecken. Zu den Mitarbeitern des Institutes sprach dann ein Sekretär der Universitätsparteileitung.